



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

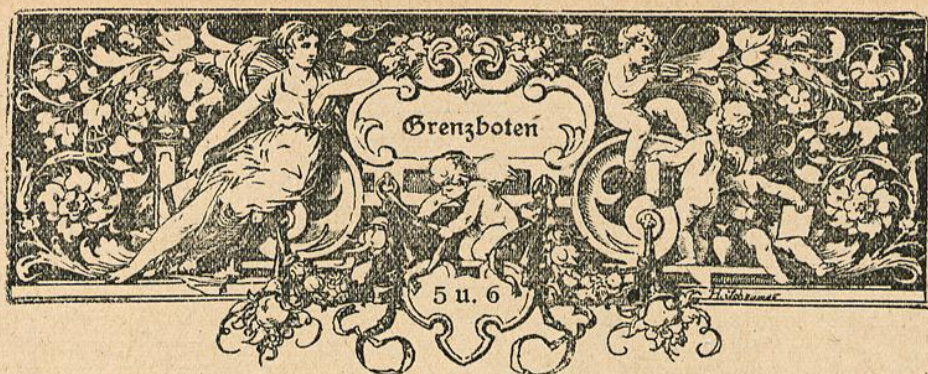
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Von einem Württemberger: Zur Neugestaltung des Deutschen  
Volksstaates. I .

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zur Neugestaltung des Deutschen Volksstaates

Von einem Württemberger

### I.



einem Menschen in Deutschland ist es je eingefallen, während des Krieges irgendwie auf die politische Uneinigkeit der Franzosen u. a. in dem Sinne zu spekulieren, wie sie und ihre Verbündeten es uns gegenüber getan haben; keiner hat bei uns daran gedacht, irgendeinen Teil von Frankreich oder Italien abtrünnig zu machen, um so unsere Gegner zu schwächen. Wir Deutsche dagegen sind in diesem Sinne stark bearbeitet worden, und befinden uns nun selbst in einem Wirrwarr von Erwägungen, die auf freiwillige Abtrennung, Sonderbestrebungen, sogar Anlehnung an Frankreich hinzielen, und die zeigen, daß unsere Feinde uns besser kannten, als wir selbst; Bestrebungen, die ferner zeigen, wo unsere Schwäche tatsächlich liegt. Diese Lehre sollte nunmehr gelernt werden! Wenn wir unseren Enteln und Urenteln ein festes Haus bauen wollen, so ist jetzt die Zeit gekommen, wo wir das tun müssen, was unseren Feinden sehr unangenehm wäre, nämlich zu wirklicher Einheit, zu sozusagen rücksichtsloser Einheit kommen.

Ein Haupthindernis dafür ist gefallen: die dynastischen Monarchien, das halbmittelalterliche Deutschland sind in diesem Sinne nicht mehr. Auch in diesem Punkte müssen wir radikal und freudig umlernen, uns klar werden, daß diese Monarchien mit ihrem ganzen Apparat und den vielen durch sie bedingten Reibungsflächen unserer wirklichen Nationaleinheit überaus schädlich waren, unser rein deutsches Bewußtsein schwer beeinträchtigt haben; nicht nur vor 1871, sondern — darüber gibt es gar keinen Zweifel — auch danach! Denken wir uns also diese Hemmnisse — alle persönlichen Sympathien gern in Ehren! — auch wirklich weg! Denken wir uns Deutschland wirklich ohne sie, und erfassen wir dann die Vorstellung einer Einheit, die keinem Feinde durch ein bloßes Scheindasein, wie bisher, Angriffs- und Anfaßpunkte zur Trennung mehr bieten kann!

Dies ist der oberste Gesichtspunkt politischer Einsicht, von dem wir, nicht an unseren egoistischen Wünschen und ererbten Anschauungen und Gewohnheiten hastend, sondern weitsichtig und ohne Egoismus in die ferne Zukunft denkend, ausgehen müssen, der Gesichtspunkt, dem wir praktisch radikale Opfer bringen müssen.

Württemberg ist eine Festung. Eine schwer zu erobernde Festung im Deutschen Reich! Schwer zu erobern für andere Deutsche, weil von hohem Wall umgeben, — politisch wie seelisch. Darum ist es aber auch besonders schwierig, hier zu Lande für eine endgültige und daher radikale Änderung der bisherigen politischen Grundgestaltung Deutschlands das Wort zu ergreifen. Und doch muß es sein. Es ist nationale Pflicht, zu sagen, daß die Stunde für eine durchgreifende

innere Operation gekommen ist, die geschehen muß, weil es sich zu unserem Unheil gezeigt hat, daß die alten Schwächen fortbestehen und daß unsere gepriesene Einheit sehr leicht zusammenbricht, sowie einem der größeren Zeitglieder etwas nicht paßt, wo ihm ein wirkliches Opfer an Hergebrachtem oder Liebgewordenem zugunsten der Allgemeinheit zugemutet wird. — Das Phrasentum der deutschen Ministerreden, das ganz stereotyp mit der Betonung des Festhaltens am Reich begann, — wo sonst in der Welt ist eine solche Betonung in einem seiner selbst sicheren großen Reiche nötig?! — lief stets hinaus auf ein schleuniges: Aber...! Aber unsere Selbständigkeit werden wir wahren, und so weiter. Man kennt das. Niemand fand daran etwas zu tadeln. Im Gegenteil! Wenn es gefehlt hätte, so hätte man's gefordert. Richtig betrachtet aber ist diese Rhetorik nichts als ein Wegführen von dem, was zuerst versichert wurde. Der Bayer, der Sachse hört davon nur das Nein; d. h. die im Gegensatz zur Einheit betonte stolze Selbständigkeit. Genau das Gleiche war (und ist noch) der Fall in einer anderen stereotypen Wendung, die sich auch in der Programmrede des Prinzen Max sofort wieder fand: Bekenntnis zu Deutschlands Einheit und Größe usw.; dann aber ein Protest gegen eben diese Einheit in der Wendung, daß „jedoch“ die kulturellen Vorteile der Dezentralisation in den Einzelstaaten nicht angetastet werden dürfen. Also auch hier dieser eigentümliche Sprung, dieser das erste wieder aufhebende Widerspruch. Auch dies zeigt, wie wir an Widersprüchen im Staatsleben frankten.

Dabei haben sich — auch von den so Redenden — wohl nur die allerwenigsten Rechenschaft darüber gegeben, ob denn Einheit politischer Natur in Deutschland die Kulturzentren München, Stuttgart, Dresden, Hamburg wirklich abtöten oder schädigen würde, sofern sie aufhörten, Sitze eigener Regierungen zu sein! Die Dynastien haben in der Schöpfung solcher Mittelpunkte ihr Bestes geleistet, und wenn je eine Gefahr für das Bestehen dieser Zentren bestand, so ist es die Absetzung der Dynastien gewesen. Aber längst sind diese Kulturzentren über die Dynastien selbstschaffend hinausgewachsen, und es sind ihrer sehr bedeutende auch ohne deren Hilfe entstanden, z. B. eben Hamburg, dann Frankfurt, Nürnberg, Leipzig. Was die deutschen Hochschulen angeht, so würden sie um nichts unbedeutender sein: Freiburg und Heidelberg würden aus landschaftlichen und traditionellen Gründen weiter blühen, auch wenn sie einmal nicht mehr rein badische, sondern „bloß“ deutsche Hochschulen wären. Das wird auch bewiesen durch das Beharren der Kulturwerte und durch das Aufblühen solcher Orte, woran sie haften, in Italien, in Spanien (Barcelona) und England (Oxford usw., Canterbury und York). Das uns belastende Schreckgespenst ist doch nur das zentralisierende Frankreich, das man sich ja aber nicht zum Vorbild zu nehmen braucht. Wir haben es ja vollkommen in der Hand, sehr vielseitig zu dezentralisieren, wenn wir wirklich innere Einheit geschaffen haben. Man kann die neue Reichshauptstadt ganz hübsch im Zaum halten, wenn man zur richtigen Zeit damit anfängt.

Daß es Berlin als Reichshauptstadt ans Leben geht, ist ein Glück. Aber auch bei der Wahl des neuen Mittelpunktes darf keine Kleinlichkeit herrschen. Frankfurt, das geschichtliche Ansprüche hat, ist wohl aus leicht begreiflichen Gründen sympathetischer Art nicht gerade der Ort. Unser Muster sollten Amerikaner und Australier sein, die einfach Neugründungen vornahmen: Washington in dem eigenen kleinen „Distrikt“ Columbia; in Australien bei der Schaffung der Gesamtrepublik vor etwa fünfzehn Jahren eine ganz neu erbaute Bundeshauptstadt. Auch irgendwo in Mitteldeutschland wäre das möglich. Überdies könnte man diese Stadt gleich teilweise (Archive, Banken, Bahnhöfe, Bibliotheken u. a.) unterirdisch und bombensicher anlegen, im Hinblick auf feindliche Luft- und Ferngeschützangriffe. Die Wahl des Ortes aber dürfte nicht durch partikuläre Eifersucht oder Selbstsucht bestimmt werden, auch nicht durch die Größe irgend eines Teilstaates. Die Forderungen, welche die Neugestaltungen im Reich uns auferlegen, sind so ernst, so gewaltig und so zwingend, daß aller Partikularismus zu schweigen hat.

Dies gilt aber in allen Fragen. Und wo stehen wir da?! Welch ein Glend! Es ist wirklich kaum besser als in den Zeiten von 1815—70, über

deren Jammerzustände die „Deutsche Geschichte“ von Karl Biedermann dem, der sich mit dem trostlosesten Bild eines großen Volkes vertraut machen will, Austunft gibt. Manches ist ja besser geworden, was die Verfassung von 1871 angeht. Aber es ist kein Zweifel, daß wir heute nicht so viel wissen, wie man in hundert Jahren über das wissen wird, was z. B. auch während des Krieges im Sinn des Partikularismus, der Rivalitäten und der Hemmungen unter der Decke vor sich gegangen ist; über diese öden und unheilvollen Dinge sind wir noch längst nicht hinaus. Man denke nur an die litauisch-sächsische Frage, an die Widerstände in bezug auf die Reichsfinanzen, das Steuerwesen, die sich immer von neuem abspielen, weil die eine Regierung so, die andere so will! Das hat die Reichsgründung nicht getötet. Der Krieg hat die Gegensätze — vgl. die Grenzsperrn betreffend Lebensmittel und ihre Folgeerscheinungen — teilweise erst recht belebt. Wir täuschen uns gewaltig über das wahre Wesen unserer 1870 so schwer errungenen Einheit! Sie wird oft nur mühsam aufrecht erhalten. Bismarck wäre ja 1870 gern viel weiter gegangen. Er täuschte sich nicht! Aber er konnte — besonders wegen der Dynastien! — nicht weiter gehen, keine wirkliche Einheit schaffen. Was 1871 zustande kam ist ein Bund voll offenkundiger einzelner Schwierigkeiten, die durch die fanatisch festgehaltene Eigenbrödelei Größerer, kleinerer und Allerkleinster bedingt waren, durch „Souveränitätsschwindel“, wie Bismarck es genannt hat. Eifersucht, Eigennutz, Neid, ja Haß, Blindheit, Voreingenommenheiten, ererbte und nie beseitigte blöde Vorurteile, Verstocktheit, Dünkel, Hochmut, Kurzsichtigkeit, Engherzigkeit, — das ist die eine und sehr wirksame Seite dieser Selbständigkeiten nach 1871; Dinge, die in anderen großen Staaten und Reichen höchstens landschaftlich, nicht aber politisch eine Rolle spielen. Und das wirkt bei uns im großen wie im kleinen. Wir begreifen heute nicht mehr die Zustände vor dem Zustandekommen des Zollvereins, den der Württemberger F. Vist anregte. Wir begreifen nicht, daß es eine Zeit gab, wo ein württembergischer Minister die Bahn von Horb nach Sulz, anstatt durchs Neckartal, lieber in weitem Bogen über die Höhen führen wollte, weil sie am Neckar durch zwei oder drei Kilometer Hohenzollernsches „Ausland“ geleitet werden mußte! Man wird später aber ebensovienig begreifen, was zur heutigen „Einheit“ gehört: daß Preußen die Reichseisenbahnen und die für Lothringen wünschenswerte Moselkanalisation nicht zustande kommen ließ; daß Baden die Rheisbahn und die Donauregulierung bei Tuttlingen verhinderte; daß die Strelitzer, statt sich mit den Schwerinern zu einem Lande zu vereinigen, dagegen protestierten, weil die Sichelizer weniger Steuern zahlen und weil Keustrelitz Residenz bleiben müsse. Man versteht es ja schon heute nicht, daß des Deutschen Kaisers Geburtstag in Bayern an den Hochschulen und Schulen nicht gefeiert wurde. Dahin gehört auch der dumme Streit um die Hissung der Reichsfarben bei offiziellen Gelegenheiten in Bayern und das lange Hin und Her über die Anbringung der deutschen Flagge auf den württembergischen usw. Bodenseedampfern. In anderen Nationalstaaten wäre so etwas einfach unmöglich! Man wird auch künftig einmal die bayerischen Sonderbriefmarken ebensovienig verstehen, wie man — im Hinblick auf das nationale denkende Württemberg — zugehen wird, daß durch deren Aufgabe das bayerische Reservatrecht hätte beeinträchtigt werden können.

Man glaube aber doch ja nicht, daß im Grunde die Bodenseeflagge oder die Sonderbriefmarke — im Hinblick aufs Ausland wie auf das nationale Bewußtsein — weniger bedeutsam sei, als die verhinderten Reichseisenbahnen. Unsere Feinde sehen das; bei uns aber sehen es die wenigsten. Dazu sind wir viel zu wenig national geschult, viel zu partikularistisch empfindlich.

Wir haben eben jeder nicht nur ein Vaterland, wie der Franzose usw., sondern wir haben, noch aus den Zeiten des späteren Mittelalters und des Westfälischen Friedens her — jeder zwei Vaterländer. Da liegt's!

## II.

So lange die gnaden-, orden- und stellenspendenden Monarchen da waren, mußten die zwei Vaterländer auch bestehen — das große und das kleinere. Die

Demokratie, der Volksstaat aber lehrt uns doch wohl ein anderes! Der Deutsche Volksstaat — möchte er doch so und nicht Republik genannt werden! — kann ohne innerdeutsche Einzelstaaten mit Selbstregierung im bisherigen Sinne sehr wohl gedacht werden: Einheitlichkeit in den wichtigsten Elementen des Staates, z. B. in dem Maß der Unterordnung unter die Zentralbehörden des Reichs, in den Gesetzen, im Erziehungs-, Titel- und Anstellungswesen, wo es jetzt überall chinesische Mauern gibt, im Steuerwesen, im Staatsbürgerrecht. Durch Aufhebung gerade der Sonderbürgerrechte würden heute bestehende und gerade in diesen Tagen wieder lebendige leidige und neidige Gegensätze einem großen ideellen Gewinn für die Gesamtheit weichen. An die Stelle der als Regierungen wirkenden Landesversammlungen müßten solche treten, die den Provinziallandtagen entsprächen. Dabei spielt freilich eine entscheidende Rolle die Gestaltung der Einzelländer, aus denen das Reich bestehen würde.

Es ist jetzt die Rede vom Abschaffen z. B. der thüringischen Kleinstaaten; man spricht von einer Teilung Preußens und andererseits von Verbindungen, die zu natürlicheren Teilstaatsgebilden führen würden. Es ist sehr ernstlich zu erwägen, wie man dabei am besten zum Ziele kommen würde. Es wäre ja ein Segen, wenn von den fünfundsiebenzig Staaten die kleinsten endlich verschwinden würden. Es ist ein ungeheurer Fortschritt schon dadurch angebahnt, daß man sich in diesem unfrem Deutschland überhaupt — und wie es scheint, über alles Erwarten rasch! — daran gewöhnt, zu begreifen, daß das Heil gewisser Gebiete und Städte (z. B. Erfurt) nicht an der Zugehörigkeit zu dem bisherigen Volksstaat hängt; daß die ungeschichtlichen, meist durch dynastische Eroberungen und Feilschereien bis 1815 festgelegten Landesgrenzen auch durchbrochen und geändert werden können. Wenn nun die kleinsten verschwinden, und mit ihnen ihre unverhältnismäßig wichtigen Bundesratsstimmen (oder wie das im neuen Reich heißen würde), — gibt es damit nicht mit einem Schlag ebensoviele weniger Reibungen und Hemmungen? Das ist doch klar. Wird dadurch nicht auch allerdaher schönes Geld für sehr überflüssige Minister- und Präsidentenstühlchen und dergleichen gespart, die bis jetzt für unerläßlich galten? Seien wir doch ehrlich! Der neue Geist, der sich da regt und ungeschmäht rufen darf: Weg damit! ist ein großer Gewinn für die deutsche Einheit und damit für das künftige Deutsche Reich und Volk!

Wie nun aber, wenn an die Stelle dieser verschwindenden zweiten Vaterländchen, die doch in vielem recht abhängig waren, fast ebensoviele größere selbständige Einzelstaaten, namentlich aber auch auf Kosten Preußens, träten? Da würden bald noch ganz andre Reibungsflächen, viel größere Schwierigkeiten und viel größere Gefahren für einen Bestand des Reiches entstehen, als bisher! Das müssen wir uns ganz klar machen. Man hatte in Deutschland bisher ein durch Partikularismus diktiertes, lebhaftes „Aber“ gegen alles, was Zentralisation durch Preußen betraf, das eine auffaugende Wirkung zu haben schien. Und doch lag in diesem großen Staat das beste Gegengewicht gegen zentrifugale Strömungen im Reiche. Seien wir auf der Hut, ehe wir hier rufen: Weg damit! Es sind Mächte am Werk, die uns ganz insgeheim spalten wollen; aber nicht aus deutschem Geist. Sei es gerade herausgesagt: Rom, dem das protestantische Deutschland verdammenswert ist, Rom ist heute schon am Werk! Wir spüren es in Bayern schon lange, und neuerdings deutlich in Rheinland und Westfalen. Je mehr größere, selbständige Volksstaaten Deutschland jedoch enthält, ohne ein leitendes Hauptland, das auch Macht in die Waagschale werfen kann, um so leichter werden die uns feindlichen Mächte ihr trennendes Spiel auch in Zukunft spielen. — Andererseits muß aber eine Vermehrung größerer (selbständiger) Staaten die ganze Reichsmaschine aufs neue bedenklich hemmen und belasten. Je größer an Gebiet die Teilstaaten, um so näher liegend sind Sonderbundsbestrebungen (Mainlinie!); um so heftiger die Geltendmachung „eigener Interessen“ gegen die der übrigen; daher um so weniger Einheitlichkeit der Interessen; und demgemäß auch um so weniger nationale Einheit, nationales Bewußtsein.

Dies sind gewiß große Bedenken, die sich gebieterisch gegen die augenblickliche Auflösungs- und Zusammenschließungslust ohne jede Rücksicht auf das Gleichgewicht und die möglichen Folgen einer solchen raschen Umformung geltend machen.

Bestand kann ein solches umgeformtes Deutschland nur dann haben, wenn eine straffe politische Zentralisation eingerichtet wird, der sich die einzelnen Länder, ihre souveräne Selbständigkeit aufgebend, und dann überdies an Umfang einander möglichst gleich gemacht, unterordnen. Also eine Art Wiederholung dessen, was 1790 in Frankreich geschah, wo man mit dem Geschichtlichen und Besonderen um des Einheitlichen willen brach.

Daraus ergibt sich die große und gerade in Württemberg nur mit einigem Mut offen zu stellende Frage: müssen denn selbständige Teilstaaten, wie sie heute es sind, bestehen? Staaten, die ein „ewiger Bund“ miteinander verbindet, der aber schließlich leider sehr leicht zu lösen ist, namentlich, wenn ein böser Nachbar seine Winen spritzen läßt? Ist politische Unterordnung unter eine alle gleichmäßig handhabende Reichszentrale wirklich unmöglich? Sind wir dazu reif, oder nicht? Auch dann nicht, wenn unsrer Eigenliebe dadurch geschmeichelt würde, daß große Abzweigungen der Reichszentrale in die verschiedenen Länder gerecht und gleichmäßig verteilt würden, nach dem Beispiel des Reichsgerichts in Leipzig?

Wir Deutsche sind leider nicht nur ein unpolitisches, sondern heute auch noch ein recht unnationales Volk. Vielen breiten Volksschichten in Süd- und Westdeutschland gilt ihr deutsches Volkstum nicht mehr als ein Butterbrot in Friedenszeiten. Man hat die betäubendsten Einblicke und Erfahrungen darüber erst wieder in jüngster Zeit machen können; und doch scheint die alte Zeit wieder-zufehren, wo Straßburg als Ausfallstor Süddeutschland bedrohte, und unendliche Kriegsleiden dadurch über die süddeutschen souveränen aber ohnmächtigen Einzelstaaten hereinbrachen. Wir Deutsche vergessen das viel zu schnell, und wir hassen uns in mancher Hinsicht viel mehr gegenseitig, als wir die uns bedrohenden Feinde hassen. Das ist in gewissem Sinne erklärlich. Unter den zwei Vaterländern — dem großen und dem kleineren — können wir zu nationalem Bewußtsein in reiner Form nicht kommen. Tatsache! Vor allem können sich die breiteren Massen darin nicht zurechtfinden, die von vaterländischer Geschichte nur allzumenig hören und wissen! Die Ruinen des Heidelberger und Badener Schlosses wären bei unseren Feinden ewige Denkmäler des Hasses und der Rache gegen die Zerstörer; der Badenser kimmert sich nicht darum, und muß er einmal um des Reiches willen etwas erleiden oder hergeben, so wünscht er sofort die Franzosen herbei, — bis sie wirklich am Rheine stehen! Das war so — und nicht nur etwa in Baden — im Jahre 1918! Solche Zustände hängen aber aufs engste mit dem partikularistischen Bewußtsein und dem darin herubenden Mangel an deutschem Empfinden zusammen. Es fehlt uns das eine, einzige Symbol, wie es die Trikolore ist, weil wir immer schwanken zwischen dem „eigenen“ und dem des Reiches. Dies macht viel mehr aus — psychologisch — als man wohl zugeben möchte. Da liegen große Fehler unserer völkischen Erziehung. Aber auch diese Erziehung wird durch die Verhältnisse bestimmt, die uns in den vaterländischen Problemen weder äußerlich noch innerlich zur Ruhe kommen lassen.

Seute aber haben sich die Verhältnisse bedeutsam geändert. An die Stelle der Landesväter tritt der einzelne Volksstaat selbst. Aber diese Volksstaaten sollen neben eigenen Präsidenten wiederum höchst exklusive Landesvertretungen als ausschlaggebende Regierungsfaktoren bekommen, ihre eigenen Ministerien und den ganzen, nach dem übrigen Deutschland jeweils durch die chinesische Mauer hermetisch abgeschlossenen Verwaltungs- und Beamtenapparat behalten, sollen sich nebeneinander, so wie bisher, nur so eben vertragen, ohne sich leiden zu können, und um in irgendeiner losen Zusammengehörigkeit — vielleicht nicht einmal mehr zusammengehalten durch gemeinsames Reichsheer, Flotte und Kolonien — ein republikanisches Reich mit einem Präsidenten an der Spitze zu

bilden, der seine liebe Not haben wird, es nicht jeden Augenblick mit dem einen oder andern Einzelstaat zu verderben. Trotz aller Änderungen also soll der alte Fehler bleiben? Muß er bleiben?

Es soll niemand seine Heimat genommen werden. Aber Heimat ist nicht dasselbe wie Staat. Namentlich in den kleinen Staaten sind wir gewohnt, beides gleichzusetzen, weil es sich deckt. In Preußen dagegen ist der Staat nicht „die Heimat“, dafür ist dieser Staat viel zu groß. In Preußen ist die Provinz die Heimat, und niemand wird bestreiten wollen, daß ein guter Westfale oder Pommer nicht ebenso viel Heimatsgefühl habe wie ein guter Württemberger, Braunschweiger oder Tiroler. Also, vom rein volkstümlichen Empfinden ausgehend, das für Deutschland politisch sehr bedeutsam ist, weil es sich mit dem Partikularismus deckt: es geht auch ohne Staat im bisherigen exklusiven Sinne. Die Wälle, die heute Deutschlands Einzelstaaten trennen, können abgetragen werden, ohne etwas von dem volksmäßig Gewordenen, ohne häusliche Sitte und sprachliche Eigenheiten wesentlich zu berühren. Aber die Organisation des Einzelstaatswesens als sich selbst dirigierender, von den anderen abgesperrter Staat, der Einzelstaat als Selbstzweck sollte fallen. Wenn ganz Deutschland, ähnlich wie heute der österreichische Volksstaat, in einzelne, möglichst gleich große „Länder“ nach der Stammes- oder Landschaftsgrundlage eingeteilt würde, wobei die alten Bezeichnungen teilweise ebenso wie die jetzigen Grenzen Nebensache wären, und wenn dabei eine sozusagen neutrale neue Hauptstadt unter gleichzeitiger Dezentralisation der unpolitischen, z. B. der wirtschaftlichen Behörden und Hauptrechtsanstalten geschaffen würde, so könnte ein neues Reich ohne die bisher so schädlichen Unterschiede geschaffen werden, in dem auch die etwa acht Millionen Österreicher ohne viele Umstände aufgenommen werden könnten.

Die Hemmnisse, die für derartige Angliederungen sich schon 1871 bei Elsaß-Lothringen leider als unheilvoll und verlustreich erwiesen haben, würden sich jetzt ein zweites Mal Deutsch-Österreich gegenüber zeigen, wenn in Deutschland die alten Staatenzustände blieben. Österreich mit seinen Unterländern würde etwas anderes sein, als die andern deutschen Staaten. Auch dies ist nicht mit zwei Worten als nebensächlich abzutun. Das Deutsche Reich ist schon völlig kompliziert genug; wir müssen Gleichmäßigkeit, nicht noch weitere Unterschiede zu schaffen suchen. Sonst entstehen aufs neue lose statt feste Zusammenhänge. Es kommt hinzu, daß die Österreicher sich in dem deutschen Staatenwesen mit seinen politischen Reibungen und Gehässigkeiten nur schwer zurechtfinden würden, daß sie leicht recht ernüchtert werden würden, wenn sie die wirkliche „Einigkeit“ und „Einheit“ einmal selbst in engerer Verbindung mit uns verkosten müßten. Man sieht in Österreich, das im Kampf gegen Nichtdeutsche tief patriotisch denken und handeln gelernt hat, das Reich wesentlich anders — idealer — an, als es ist. Die Dinge, die bei uns leider oft die Hauptsache sind, besonders volksmäßig, wenn es gilt, Gegensätze lebendig zu erhalten und zu pflegen, sind für den Österreicher Nebensachen. Wir sollten von diesem Geiste lernen.

Wir müssen vor allem politisch denken und wägen, dann auch handeln lernen. Rückblickend auf die traurige Ode unsrer Jammergeschichte, dürfen wir nicht zufrieden meinen, es sei ja seit 1871 um vieles besser. Wir sind gar weit davon entfernt, nach nationaler Vollkommenheit zu streben; denn diese verlangt Opfer, nicht nur im kleinen; namentlich Opfer der Eigenliebe. Wir ziehen eine gewisse Blindheit dem klaren Blicke vor. Wir fürchten uns, unsre Fehler, die Schäden des Staatspartikularismus, zu sehen und dabei ablehnend zu verweilen, weil wir sie dann eingestehen und bekämpfen müßten. Im Grunde gehört es ja längst nicht mehr zum guten Ton, Partikularist zu sein. Wir haben aber öffentlich nicht den Mut, das abzuschütteln, was uns aus der Zwangsjade nicht herauskommen läßt. So bleiben wir lieber drin. So haben wir unter den gemäßigten sogenannten nationalen Parteien nicht eine einzige, die den Partikularismus ernstlich bekämpfte und Veränderungen der Verfassung in diesem Sinne erstrebte. Vielmehr betonen alle — gebunden durch die Landtagsnotwendigkeiten — die

energische Wahrung des Bestehenden, d. h. des unselig Trennenden. Daher ist es den Sozialisten vorbehalten geblieben, den „einen und ungeteilten deutschen Volksstaat“ zu verlangen. Es wird sich zeigen, ob der Geist der Zeit, der begonnen hat, endlich Umbildungen territorialer Art in Deutschland ins Auge zu fassen, nicht auch gemäßigtere Parteien veranlassen wird, sich näher und demokratischer mit der großen Zukunftsfrage der Wegschaffung der inneren, im Grunde so törichtesten politischen Gegensätze und unheilvollen staatlichen Widerstände zu beschäftigen und rücksichtslose Neuerungen durchzuführen, an die sich weit mehr Bewohner des Reichs in sehr kurzer Zeit und vielfach gewiß nicht ohne plötzlich zum Bewußtsein kommende Befriedigung gewöhnen würden, als man zumeist, ohne tieferes Durchdenken dieser Fragen, ohne Agitation und ohne besondere Vorliebe für solche Änderungen annimmt und anzunehmen gewillt ist. Wir müssen uns immer vor Augen halten:

Das Ziel unsrer Feinde ist unsre Schwächung durch Trennung. Daher muß das unsrige unsere Stärkung durch Aufhebung des Trennenden sein. Dieses selbst weiter zu pflegen, ist im höchsten Maße unpolitisch — weltpolitisch betrachtet. Die Gelegenheit ist günstig, die Stunde ist jetzt gekommen. Sie kommt so leicht nicht wieder. Es wird sich zeigen, ob das deutsche Volk sie zu begreifen imstande ist. Ist dies nicht der Fall, so wird es an den Folgen seiner Zersplitterung um so schwerer tragen, je kleinlicher es in dieser Stunde gewesen ist!



## Der Todesgang unserer Volkswirtschaft

Von Dipl. cam. Otto Leibrock



or dem Kriege war das Arbeitstempo in Deutschland intensiver als in irgendeinem anderen europäischen Lande. Mit zäher Energie und Disziplin baute sich das deutsche Volk ein Nationalvermögen auf, das sich jährlich um 10 bis 12 Milliarden Mark vermehrte. Heute ist unsere Produktionskraft in unheimlichem Grade verringert, unser Land bietet das traurige Bild der „Verwirrung“. Streiks vermindern die Arbeitsgelegenheit im selben Augenblick, wo alles darauf ankommt, Arbeit zu schaffen, Bahnen und Fabriken zur höchsten Leistung zu bringen, um die Umleitung in den Frieden zu erzielen. Es fehlt uns eine Autorität, die mit starker Hand Ordnung schafft, die das Volk zum Gehorsam und zur Arbeit zwingt. Eigennütige, unwissende Dilettanten stürzen sich auf den letzten Rest des Volksvermögens und verblenden unser unglückliches Volk durch verführerische Hoffnungen. Möglichst geringe Arbeitszeit, hohe Löhne, Expropriation der Besitzenden — das klingt verlockend in den Ohren der Arbeitnehmerschaft. In Wirklichkeit vergrößern diese Forderungen unser Elend. Mit Recht hat das neutrale Ausland geurteilt: „Im heutigen Deutschland sind Marxismus und Kommunismus Selbstmord.“ Sie zerstören den Kredit und vernichten vollends das Vertrauen, das die übrige Welt noch zu uns hat.

Unsere Industrie, ja unsere gesamte Volkswirtschaft keucht schwer unter der drückenden Schuldenlast, die bei Verwirklichung vorewähnter Forderungen nur vermehrt wird. Was aber kann uns retten? Nur Arbeitsamkeit und Sparsamkeit; nur diese beiden auf einer gesunden Moral aufstehenden Faktoren können das grimmige, hagere Gespenst der Hungersnot bannen, und unser Land vor einem schwindfüchtigen Absterben bewahren.

Indessen hat die Arbeitsfreude, das Pflichtbewußtsein, das Verantwortungsgesühl gegenüber der Gesamtheit bei den breiten Massen einen furcht-